

Quo vadis Germania? Deutschlands Abstieg hat Fahrt aufgenommen, aber für zu Viele ist das noch undenkbar – Teil 1

geschrieben von Chris Frey | 15. Februar 2024

Von Raimund Leistenschneider und Werner Eisenkopf

SUMMARY/ZUSAMMENFASSUNG VON TEIL 1 – Stichpunkte:

Die irrige deutsche Grundeinstellung, ein dauerhaft „reiches“ Land zu sein und auch zu bleiben. Entwicklungshilfe nach China bei zugleich massiver Industriespionage. Die bereits „erstickende“ Bürokratie steigert sich ständig weiter. Kaum bekannte Folgen des EU-Lieferkettengesetzes, eine Klageflut aus aller Welt. Wie groß ist die Korruption auf EU-Ebene wirklich? Parallelen und Unterschiede zwischen EU- und DE-Lieferkettengesetzen. Ausblick langfristige Planungen durch China und kurzsichtige deutsche Arroganz.

EINLEITUNG

Der allergrößte Teil der Menschen in Deutschland, hat im Kopf ein festes Bild von einem dauerhaft „reichen“ Land, dessen Wirtschaft mit nur einigen Schwankungen, in alle Zukunft weiter stetig „brummt“ und dessen Exporterfolge auf dem Weltmarkt quasi eine Art „Dauer-Abo“ seien. Was aber die Verfasser dieser kleinen Serie hier zusammenstellen, stellt dieses schöne Wunschbild nicht nur infrage. Es zeigt auch auf, dass dieses Bild in vielen Bereichen längst überholt ist. Der Niedergang hat längst begonnen und beschleunigt sich gerade zu diesem Jahresanfang 2024 dramatisch. Dies aber meistens so, dass der kleine Normalbürger, dies noch gar nicht richtig mitbekommt oder es einfach nicht wahrhaben will. Das unvermeidliche Aufwachen, wird daher umso schmerzhafter und heftiger sein.

Wir Deutsche sind träge geworden. Glaubten wir uns in einem Land und in einer Umgebung eingebettet, in der, um eine bekannte Redewendung zu gebrauchen, „Friede, Freude, Eierkuchen“ herrscht. Dabei haben wir offensichtlich vergessen, dass auf der Welt nichts verschenkt wird und nichts für die Ewigkeit bestimmt ist und viele das haben wollen, was wir besitzen, nämlich (Anmerkung: Noch besitzen, wird zunehmend weniger) Wohlstand und (bescheidener) Reichtum.

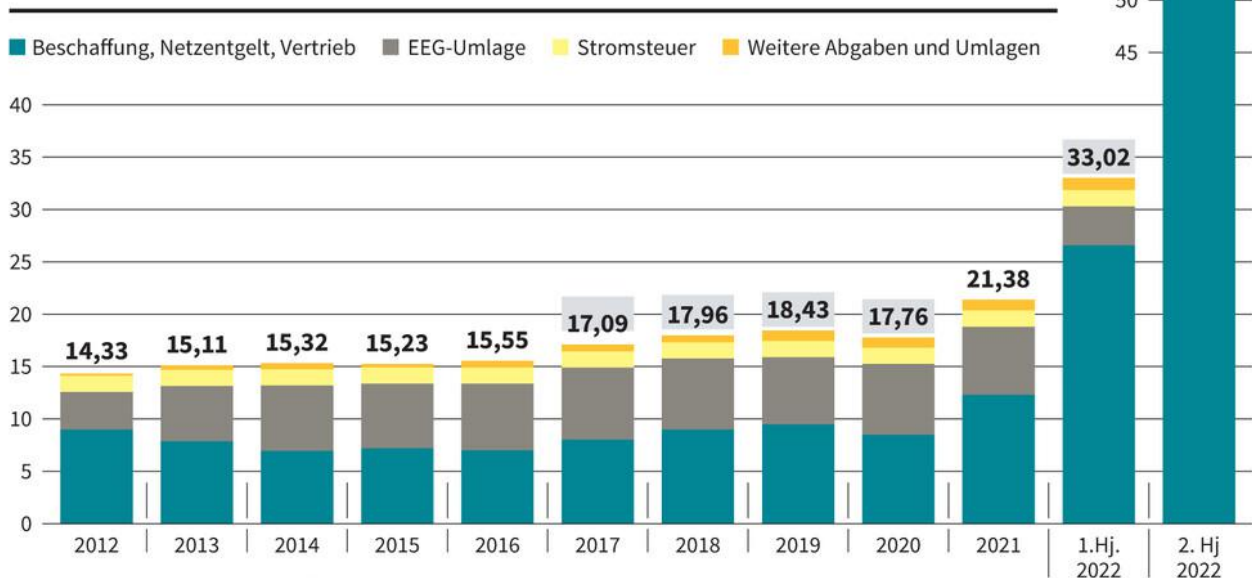
Doch spätestens seit dem Ukraine-Krieg ist uns vor Augen geführt worden, dass „Friede, Freude, Eierkuchen“ so nicht stimmen. Aber offensichtlich ist uns dies noch nicht bewusst geworden. Denn noch immer handeln wir –

unsere Politiker in Stadt, Land und Bund – nach den Vorgaben anderer und nicht nach den Interessen von uns und unseres Landes. Nämlich den Interessen, unsere Arbeitsplätze, unser Auskommen, unseren Wohlstand zu sichern, bzw. zu erhalten und mit allem, was dazu gehört. Wir scheinen nicht zu merken, dass wir mehr und mehr ins Abseits geraten und dies nicht nur im Sport, z.B. beim Fußball, wo wir längst drittklassig, bestenfalls zweitklassig sind.

Zu den offenbar verdrängten, zahlreichen Indikatoren für den Niedergang von Wirtschaft und damit Arbeit(-splätzen) und Wohlstand, sei ein Beispiel angeführt, dass viele von uns unmittelbar betrifft, die im Vergleich zu Deutschlands weltweiten Wettbewerbern, exorbitant hohen Stromkosten (Abb.2).

Stromkosten: Das zahlt die Industrie

So viel Cent kostete eine Kilowattstunde Strom für Industriekunden in Deutschland bei Neuverträgen im Schnitt



2022: zur Jahresmitte wurde das EEG abgeschafft
 Weitere Abgaben und Umlagen: u. a. Aufschlag auf Netzentgelte zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die Wärme und Strom generieren, sowie Umlage vor allem zur Finanzierung der Anschlüsse und der Anbindung von Offshore-Windanlagen ans Stromnetz

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Abb.2, Quelle: iwd (Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft) zeigt, warum immer mehr Unternehmen in unserem Land stranguliert werden und ihre Produktion und damit Arbeitsplätze ins Ausland verlegen (müssen). Siehe zu den Stromkosten auch [hier](#).

NIEDERGANG, BILDUNG UND CHINA

Auch in der Bildung zeigt der Indikator der PISA-Studie und der damit verbundene Fachkräftemangel einen steten Niedergang. Trotzdem zahlen wir Deutschen in unserer Arroganz, Ländern wie **China**, immer noch dreistellige Millionenbeträge – **630 Millionen** laut FOCUS an **ENTWICKLUNGSHILFE pro Jahr**. Als wenn China noch ein Entwicklungsland wie zu Zeiten von Mao wäre.

Tatsächlich aber wird Deutschland mehr und mehr ins Abseits gedrängt werden. Dies auch durch Chinas Geheimdienste. Nach Informationen westlicherer Dienste betreibt kein Land in Deutschland mehr Industriespionage*¹⁾. Aber dies darf auch nicht zu laut ausgesprochen werden, damit man in Peking ja nicht „verschnupft“ reagiert. Ohne China geht ja inzwischen kaum noch irgendwas in Europa (siehe [hier](#)).

*¹⁾ Auszug: „In über 90 Prozent aller Fälle von Wirtschaftsspionage, die sein Haus im Zeitraum von 2011 bis 2018 bearbeitet habe, seien chinesische Stellen involviert gewesen.“ Siehe auch [hier](#) und [hier](#).

Vorrangig schuld an unserem zunehmenden Abseits, ist aber unsere Trägheit und Unvernunft. So, als befänden wir uns im Rom des Kaisers [Augustus](#) und besonders die Grundpolitik, über Allem als „oberstes Ziel“ die „Klimarettung des Planeten“ setzen zu wollen. Egal was dies kostet und wie unmöglich dies auch sein mag.

ERSTICKENDE BÜROKRATIE WIRD WEITER GESTEIGERT

Schon jetzt müsste eigentlich jeder deutsche Bürger seinen persönlichen Rechtsanwalt ständig hinter sich herlaufen haben. Wer soll die ca. 80.000 Gesetze, Vorschriften und Regelungen denn noch überblicken, die von EU/BRD/Bundesländern/Kommunen schon bisher aufgestellt wurden und das ganze Leben von JEDEM BÜRGER, in immer kleineren engeren und pingeligeren Details vorschreiben und regeln wollen? Es ist ironisch gesagt, bald einfacher, nur noch „umgekehrte“ Gesetze zu schreiben, nämlich was ERLAUBT ist. Alles nicht ausdrücklich Erlaubte, ist dann ja verboten.

Jede Politikeraussage, egal von wem oder wer auch publiziert, dass man „Bürokratie abbauen“ wolle, ist schlicht gelogen! Die Bürokratie wächst tatsächlich von Monat zu Monat überall weiter. Nicht nur in den Ministerien der Bundesregierung und dem auch davon bedingten teuren „Ausbau des Kanzleramtes“ als Luxusproblem. Anstatt einem Bürokratie-Abbau, werden tatsächlich immer mehr und immer weitergehende Gesetze und Regelungen beschlossen. Parallel entstehen also überall immer mehr, für die produzierende Wirtschaft, nur hinderliche, schädliche, teure und destruktive Verwaltungs- und Beamtenjobs, als „nicht wertschöpfende Wasserköpfe“ und müssen finanziell von den Steuerzahlern dauerhaft mitgetragen werden.

Hier reicht die Schwelle vom hochbezahlten Ministerialbeamten, bis zu solchen kommunalen „Klimaberatern“ die als Haupt-Ausbildung, eigentlich nur das Ausfüllen von Förderformularen gelernt haben. Nun sollen durch das GEG-Heizungsgesetz des BMWK Herrn Robert Habeck, diese kommunalen Leutchen auch noch „kommunale Wärmenetze“ planen, mit möglichst auch noch „GRÜNEM WASSERSTOFF“ als „Zukunftslösung“, ohne dass denen erst mal beigebracht werden muss, wie gefährlich und explosiv dieser „Brennstoff“ ist. Vor allem aber, wie teuer, kritisch und aufwendig dazu Herstellung, Umwandlung, Transport, Rückumwandlung und Lagerung. Mit viel Verlusten,

eine Wasserstoff-Wirtschaft überhaupt ist. Bezüglich Explosionsgefahren, hat man es ja sogar mit Dynamit einfacher, als mit Wasserstoff!

Allein am Thema „Wasserstoff“ ist auch unübersehbar, dass Politiker ständig neue Entscheidungen treffen und Gesetze beschließen zu Fachgebieten und Themen, von denen sie wirklich KEINERLEI AHNUNG haben und sich dabei auch möglichst nur von den „Fachleuten“ gern beraten lassen, die ihnen dazu nur das erzählen, was sie selbst gern hören und lesen möchten.

Kein Wunder also, dass faktisch eine einzige Art der Berufsausbildung, unter Ministern und Staatssekretären, die absolut „Dominierende“ ist. Nämlich Rechtsanwalt/Jurist. Juristen mit oft kaum naturwissenschaftlichen Kenntnissen und schlechtem Abschluss, entscheiden also über technische Dinge, wie Heizungen oder Autos. Juristen entscheiden über Wirtschaft und Handel. Juristen, die als Elektrikerlehrling („Azubi“!) sogar bei einer profanen Elektriker-Gesellenprüfung, nur hochkant blamabel durchfallen würden, entscheiden dennoch über Kraftwerke und Stromnetze. Kein Wunder also, wenn da bald Blackouts die Folge sind. Man betrachte sich nur einmal den „Background“ und die Herkunft der Personen in der neuen hessischen CDU/SPD-Landesregierung. Wer davon ist denn „Nicht-Jurist“?

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Weiter oben stand bereits zu lesen, dass die Bürokratie in Deutschland und in der EU, entgegen aller politischen Aussagen, stetig weiter gesteigert und ausgebaut wird. Allein in der EU, sollen bis April 2024, noch mehr als 100 neue EU-Gesetze schnell beschlossen und gültig werden. Wegen der anstehenden EU-Parlamentswahlen im Sommer, will man vorab noch schnell, möglichst viele Dinge im bisherigen EU-Sinne festnageln. Das treibt die Angst, nicht nur in Brüssel und Straßburg, dass nachher eine „rechts-populistischere“ bzw. „weniger links-grüne“ EU-Parlamentsmehrheit viele der EU-Themen ganz anders regeln möchte.

So wurde in aller Eile das LKW+BUS-Gegenstück zum bereits gültigen „Verbrennerverbot“ bei Autos beschlossen. Dies mit der Zustimmung Deutschlands, weil die FDP, hierbei nachgab und mitzog, im Gegensatz zum EU-Lieferkettengesetz. Nur leicht ergänzt mit einem Hinweis, auf auch noch mögliche „E-Fuels“ als Alternativen. Dazu aber erst an anderer Stelle später mehr.

Vor allem soll derzeit in der EU, neben den zahlreichen CO₂-Gesetzen und Verordnungen, die unsere Industrie-, wie Energiewirtschaft mehr und mehr ruiniert und uns exorbitante Kosten aufzwingt (Abb.2), **ein weiteres Knebelungsgesetz** verabschiedet zu werden, das EU-Lieferkettengesetz. Es ist aber wegen dem Widerstand der FDP in der deutschen Bundesregierung und auch Bedenken weiterer EU-Länder, vorerst mal zurückgestellt worden. Doch das kommt wieder auf die Tagesordnung, so sicher wie das AMEN in der katholischen Kirche. Und, in Deutschland ist es bereits, in der

deutschen Version, in Kraft.

Nun werden jetzt sicherlich Einige fragen, wieso kann man dagegen sein? Das neue EU-Gesetz dient doch offenbar nur einem hehren Zweck: Dem Schutz von Kindern und Menschen in Drittweltländern, sowie der Umwelt, diese vor Ausbeutung zu schützen... usw.

Werte Gutgläubigen, die die Welt immer noch – man möge den Autoren verzeihen – aus ihrer Sandkasten- oder Puppenperspektive betrachten, DARUM geht es leider gar nicht! Sondern um etwas ganz Anderes! Wird diese Richtlinie nämlich EU-Gesetz, dann kann später Jeder und jede Organisation weltweit, EU-Unternehmen Unternehmen vor dem EGH verklagen, wenn er/sie meint, die Richtlinie würde nicht eingehalten. Dies wird dann vorrangig deutsche Firmen treffen, bei denen man dann auf diese Art „Knete“ abzocken will.

ERWARTBARE KLAGEFLUT NACH GÜLTIGKEIT DES EU-LIEFERKETTENGESETZES

Jeder und jede Organisation, die bequem an das Geld anderer kommen möchte, kann dies dann nutzen. Nämlich um sich wichtig machen (Schlagzeilen erhaschen), um politisches Kapital daraus schlagen wollen, um Konkurrenten ausschalten oder im wirtschaftlichen Länderkampf. Länder, deren Ziel darin besteht so schnell wie möglich aufzusteigen und im Falle von China sogar die globale Nr. 1 zu werden. **Ein in China bekanntes chinesisches Sprichwort sagt „Verberge Deine Talente und warte, bis der Gegner schwach ist“.**

Unsere Wirtschafts- und Industrieunternehmen werden sich bei einem Gültig-werden des EU-Lieferkettengesetzes, vor einer Klageflut nicht mehr retten können. Deren Augenmerk müsste dann auf Gerichtsverfahren liegen und nicht mehr auf der Herstellung und Entwicklung der Produkte und damit der Wettbewerbssicherung und natürlich der damit untrennbar verbundenen Arbeitsplatzsicherung. Jeder kann sich leicht vorstellen, was das Knebelungsgesetz für die Unternehmen, unser Land, unsere Arbeitsplätze und damit unserem Wohlstand bedeuten würde. Die einzigen wirklichen Profiteure neben China, wären dann nur die JURISTEN überall. Sie würden damit noch teurer, unverzichtbarer und dominierender werden, als dies schon jetzt der Fall ist.

WIE GROSS IST DIE KORRUPTION AUF EU-EBENE?

Einer der Autoren (Leistungsschneider) hat in seinem [EIKE-Artikel](#) mit dem Erkennungsbild „Planet der Affen“ vor einem Jahr u.a. geschrieben:

„...EU-Parlaments in Straßburg. Sie wissen, dass ist das Parlament, bei dem einige auf der Gehaltsliste von Katar stehen. Und angesichts seiner zahlreichen Beschlüsse, ..., wie z.B. das [Verbot*^{2\)}](#) von Verbrennermotoren, möchte man nicht wissen, auf wessen Gehaltsliste(n) das EU-Parlament noch alles steht.

*2) Auszug: „Ausstieg aus dem Verbrennermotor – Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie“

„Der Ausstieg aus dem modernen Verbrenner ist ein großer Beitrag zur De-Industrialisierung Europas und insbesondere Deutschlands. Die negativen Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden enorm sein. Ein Land profitiert davon besonders: **China**“.

Diese Thematik wird in späteren Teilen dieser kleinen Reihe, noch an konkreten Beispielen und Hintergründen näher erklärt werden. Auch warum das „Verbrennerverbot“ eine ganze irrwitzige Reaktionskette auslösen kann, an deren Ende sogar die EU auseinanderbricht.

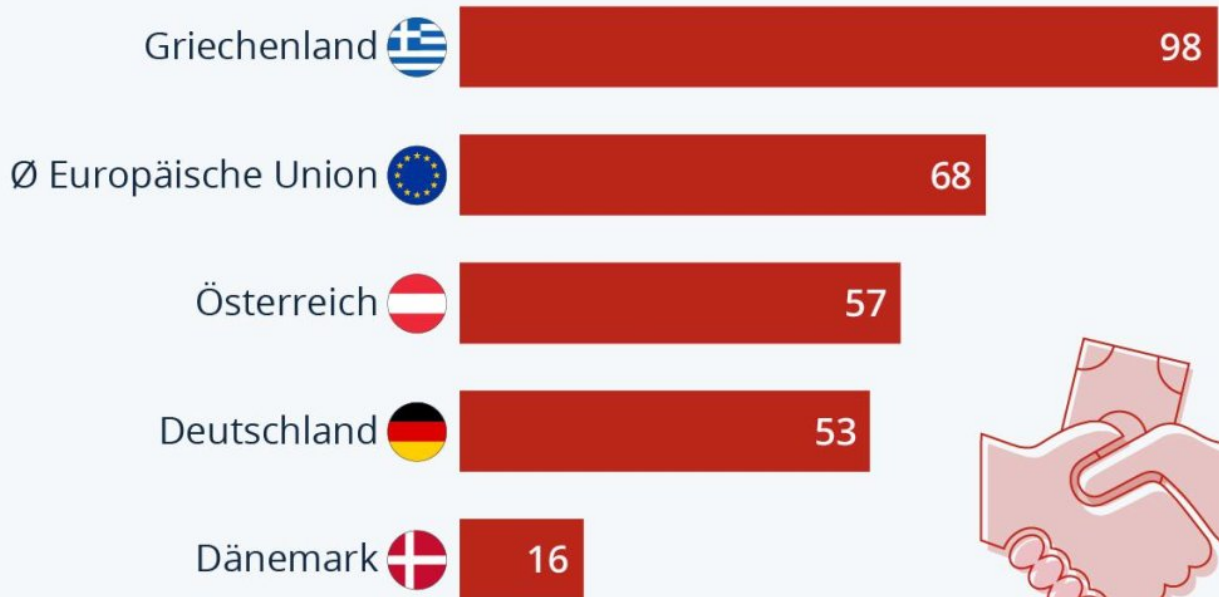
Wer dazu jetzt lacht, scheint zu ignorieren, dass ohne das viele deutsche Steuergeld als EU-Netto-Einzahler durch Deutschland, die ganze EU finanziell schlicht zerplatzt und eingeht. Schon die clevere und messerscharf denkenden britische Regierungschefin Margaret Thatcher brachte es auf den Punkt: „Die EU funktioniert nur so lange, wie die Deutschen das alles bezahlen.“

Am 11.02.2024 schrieb einer der Autoren (Eisenkopf) zum wöchentlichen „Sonntagsfahrer“ von Dirk Maxeiner bei ACHGUT.COM zu einem [Artikel](#) über E-Autos den folgenden öffentlichen Kommentar:

„Ein EU-Prinzip ist offenbar das “Steigern”...Läuft man mit einem Mist schon mal auf wie mit dem absehbaren E-Auto-Fiasko, dann muß man dies in Brüssel offenbar unbedingt “steigern” indem man denselben E-Mist nun auch noch auf LKW und Busse erweitert hat, bei denen die FDP auch brav mit zustimmte. Fragt mal einen der EU-Abgeordneten danach, wie das künftig laufen soll mit dem “zulässigen Gesamtgewicht” dieser künftigen E-Fahrzeuge wegen denen, bzw. deren Gewichten, schon mit Verbrennermotoren ganze Autobahnbrücken marode sind! Noch höheres Gesamtgewicht? Also noch mehr kaputte Brücken in Zukunft (Lüdenscheid-Sperrung grüßt!)? ODER dann eben nur noch halbes Ladegewicht zu bisher aber je LKW-Ladungsfahrt? ..Transportkosten damit aber höher für jede Fracht... bzw. nur noch halb so viele Fahrgäste je BUS, als bisher? ..bei DEM ÖV und DEM Busfahrermangel? So langsam frage ich mich, was eines späteren Tages gerade bei EU-Abgeordneten und EU-Mitarbeitern noch alles rauskommen wird, wer diese Leute dafür (zusätzlich) bezahlte, für diese “wirtschaftliche Selbstvernichtung” Europas? Das mit Katar wurde ja schon bekannt aber WER steht womöglich auf der Gehaltsliste von China? Wer hat “Wetten laufen” auf sinkende Firmen-Aktienkurse und -zusammenbrüche? Dies womöglich auch noch bei Firmen deren Scheitern man mit eigener Abstimmung per EU-Gesetzen und Über-Bürokratisierung man als EU-Abgeordneter ja selbst aktiv mitbeschleunigt hat??? Dingen, die man bisher nicht einmal zu DENKEN wagte... Werner Eisenkopf

2/3 der EU-Bürger:innen halten Korruption für verbreitet

Anteil der Befragten, die glauben, dass Korruption in ihrem Land eher/sehr verbreitet ist (in %)



Basis: 26.509 Befragte (ab 15 Jahren); März/April 2022

Quelle: Special Eurobarometer Corruption



statista

Abb.3, [Quelle](#), zeigt, was die Bürgerinnen und Bürger dazu („Gefälligkeiten“) halten und Abb.4, was diejenigen, die uns solche Knebelungs-, bzw. Abzockegesetze von CO₂ und Co. beschere, dabei verdienen. Falls jemand der Ansicht ist, die Sprache der Autoren sei zu hart: Es geht um unsere Zukunft, die unseres Landes und seiner Wirtschaft und Industrie, da muss mal Klartext geredet werden!

Nein! Durch dieses EU-Lieferkettengesetz entstehen vielmehr „Lücken“, und es fallen deutsche (wie andere europäische) Firmen dann global aus. In diese Lücken wird dann China (aber auch Indien, Indonesien, Russland usw.) preschen und den Menschen, die davon in den Drittweltländern betroffen sind, geht es danach sogar schlechter denn je. Doch dazu in späteren Teilen dieser Reihe dann mehr.

EU-PARALLELE ZUM DE-VERBANDSKLAGERECHT UND DER DUH (Deutsche Umwelthilfe)

Es sei hier auch noch angemerkt, dass beim „Verbandsklagerecht“ der damaligen deutschen Schröder/Fischer Regierung aus SPD+GRÜNE noch niemand ahnte, was sich daraus entwickeln würde in Richtung Abzocke und Geschäftemacherei. Oder etwa doch? Dazu im Teil 2, Hintergründe zum Nachdenken. Alle dachten eher naiv an Naturschutzverbände und so, als „Gutes Werk“. Doch mit der DUH entstand eine von etlichen neuen „gemeinnützigen Organisationen“ die sofort damit begann, private Firmen abzumahnen und damit abzuzocken. Dies unter dem beschönigenden Namen „Deutsche Umwelthilfe“ was für Bürger-Ohren allemal besser klingt, als DAZV (Deutscher Abzocker-Verein). Das ist natürlich rein ironisch gemeint, denn die DUH ist ja gut für uns alle.

Dabei darf zumindest die Frage erlaubt sei, ob die DUH nicht ein Instrument der Regierung Merkel war, ihre politischen (Klima)Ziele durchsetzen zu können? Warum die Politik dutzende von Millionen an Steuergeldern für diese und ähnliche Institutionen jährlich bereitstellt (Abb.5)? Abb.5 wurde von Leistenschneider in seinem [EIKE-Artikel](#) „Das ZDF zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Teil 3: Die Beeinflussung der Bundestagswahl 2021“ bereits gezeigt.

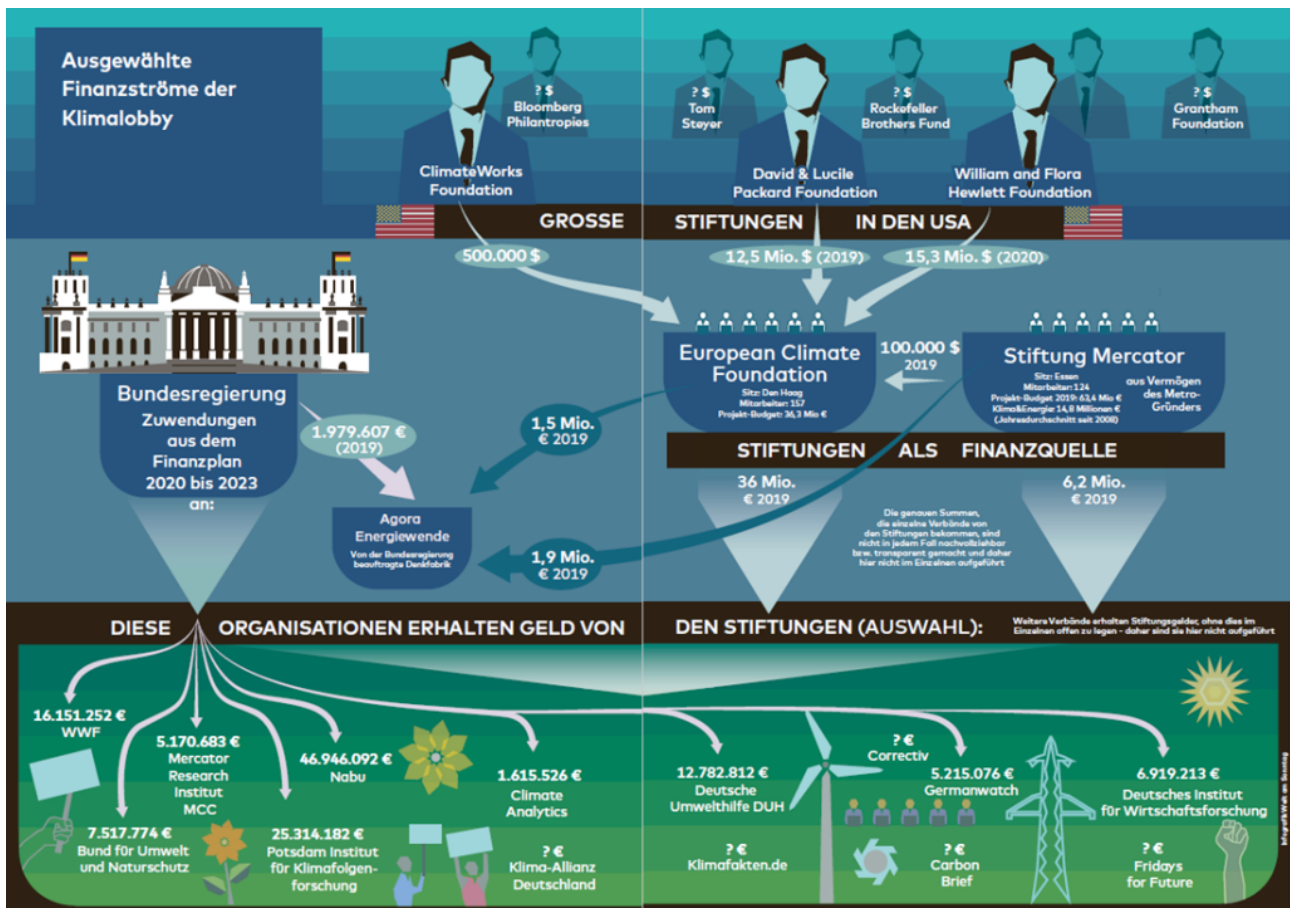


Abb.5, Quelle Welt am Sonntag vom 25.04.2021 zeigt anschaulich, welche Geldmillionen den sog. Umweltorganisationen aus dem Bundeshaushalt, also unseren Steuergeldern, zufließen. Dazu Welt am Sonntag: „52,5 Millionen € erhielt allein der größte deutsche Naturschutzverein NABU aus acht verschiedenen Bundesministerien und Behörden von 2014 bis 2019.“ Nur als Anmerkung: Die meisten mittelständischen Unternehmen, für die wir täglich arbeiten, können von solch einem Millionengewinn nur träumen. Ganz zu schweigen der Gaststättenverband und viele andere mehr, die sich tagein, tagaus abmühen, sich und ihre Familien zu ernähren.

Bei der oben angerissenen Klageflut, reichte es ja schon, wenn unwissentlich gegen irgendeine der unzähligen Gesetzregeln und Vorschriften verstoßen wurde. Allein die Abmahnung ergab und ergibt schon eine Menge Geld für DUH und Mitmacher. Im Medienfokus steht die DUH überwiegend mit den Fahrverboten und Klagen gegen Städte, nachdem die EU schier irrwitzige und immer niedrigere „Grenzwerte“ beschloss. Deren „Brot- und Buttergeschäft“ und meistens ohne Öffentlichkeit, ist aber das stete diskrete Bedrängen und Abzocken von Firmen und Betrieben. Angeblich ist sogar die Mafia in Italien ziemlich neidisch auf die DUH, weil diese es schafften, ein so lukratives Abzocke-Modell zu installieren, ohne deswegen gegen Gesetze zu verstoßen oder wegen Erpressung rechtlich belangt werden zu können.

Das gerade noch mal verschobene EU-Lieferkettengesetz würde der DUH und gewissen Anderen neue Einnahmen in Millionenhöhe garantieren. Dazu aber

eine Menge Firmen schädigen, vor allem in Deutschland, und Menschen damit nachher um ihre Arbeitsplätze und um ihre Zukunft bringen. Leider ist ein Großteil unserer Medien entweder zu naiv, dies überhaupt zu erkennen, oder aber deren Journalisten machen dies aus Überzeugung so mit und schaden ihrem Heimatland mehr oder weniger wissentlich.

Doch gibt es ja bereits – wie oben erwähnt- ein nationales DEUTSCHES LIEFERKETTENGESETZ! Allerdings „moderater“ als die geplante EU-Version. Doch schon bei strenger Auslegung des „deutschen“ Lieferkettengesetzes, dürften weder irgendwelche Elektroautos hierzulande gebaut oder importiert werden, noch Handys, noch Windräder und noch unzählige weitere Produkte. Überall ist dabei nicht wirklich belegbar, dass es keine Rohstoffe und Teile aus Kinderarbeit, Ausbeutung, Umweltschäden und mehr gab.

Nicht nur bei „Seltenen Erden“ sondern auch bei Magnesium hat China faktisch bereits das globale Monopol errungen und sich sogar beim Lithium bereits Mengen und Margen gesichert, die erst in den nächsten Jahren auch in Südamerika überhaupt erzeugt werden. Dazu kommen in späteren Teilen mehr und die Hintergründe. Dazu werden die Europäer noch ganz dumm schauen, wie weit Chinesen hierin bereits langfristig vorgeplant haben, während die Europäer, vor allen die Deutschen, sich noch immer in der arroganten und kurzsichtigen Einbildung selbst belügen. „Am deutschen Wesen, soll die Welt genesen (und das Weltklima gerettet werden)!“ Somit immer noch im unerschütterlichen Glauben, sie, also die (nun grün-roten) Deutschen, seien der „gottgegebene Nabel dieser Welt“ und niemand könne sie jemals von diesem hehren Thron verdrängen. Was für ein gewaltiger Irrtum!

Raimund Leistenschneider – EIKE

Werner Eisenkopf – EIKE-Gründungsmitglied

TEIL 2 folgt in Kürze

Positive Strahlenwirkungen – Teil 3: Wo sind die Fehler beim Strahlenschutz? Was ist zu tun?

geschrieben von Chris Frey | 15. Februar 2024

Dr. Lutz Niemann

Ionisierende Strahlung ist im niedrigen Dosisbereich und bei niedriger Dosisleistung nützlich für die Gesundheit von Lebewesen, das wurde in [Teil 1](#) gezeigt. Im [Teil 2](#) wurde dazu erläutert, dass diese Tatsache auch einfach zu verstehen ist.

Es werden durch die weltweit geltenden Strahlenschutzgesetze im Bereich der Kerntechnik mit gewaltigem Aufwand minimale Strahlendosen vermieden, die niemals für die Gesundheit von Lebewesen schädlich sind, die im Gegenteil vielleicht einen geringfügigen oft nicht nachweisbaren positiven Beitrag zur Gesundheit bringen könnten. **Die Strahlenschutzgesetze sind daher falsch und sie sollten dringend korrigiert werden, der Gesetzgeber ist gefordert.**

Wie konnte es zu der Fehlentwicklung kommen?

In der Anfangszeit 1934 wurden die ersten Grenzwerte im Umgang mit radioaktiven Stoffen eingeführt, denn damals bestand ein Verdacht zu schädlicher Wirkung der Strahlung. Zu der weiteren unseligen Entwicklung insbesondere bei uns in Deutschland zu Strahlung mögen viele Dinge mitgespielt haben:

- Ein Grenzwert wird von den Menschen automatisch mit dem Bestehen einer Gefahr in Verbindung gebracht, machen also Angst
- Die gesetzlichen Grenzwerte wurden im Umgang mit Kernbrennstoffen eingeführt, obwohl im medizinischen Bereich / Höhenstrahlung / Bodenstrahlung oft ein Vielfaches auftritt. Das ist dem Bürger unbekannt
- Ionisierende Strahlen kann man weder sehen noch fühlen, sie stellen sich als eine unsichtbare Gefahr dar und machen Angst
- Die Bombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki waren in der Tat ein Extremereignis
- Die mit frei gesetzter Radioaktivität kontaminierten Gebiete wurden als „jahrelang unbewohnbar“ dargestellt
- Es wurde mit dem Wort „verstrahlt“ ein nicht definierter Begriff als Synonym für den Atomtod erfunden
- Mit der Verteufelung der Kerntechnik wurden politische Ziele verfolgt, das wurde von den Bürgern nicht erkannt, dagegen von den Ideengebern und ihren vielen Helfern gefördert
- In der Demokratie sind die Massenmedien neben Legislative, Exekutive, Judikative eine vierte Macht, die alles andere beherrschen kann ()
- Journalisten in Massenmedien sind mit der Physik nicht vertraut
- In der Journalistik gilt „Bad News are Good News“, eine gute Auflage macht viel Geld
- Es gibt die Lockmittel Geld, Macht, religiösen Glauben, Erzeugung einer Massenhysterie als Mittel zur Beherrschung des Volkes
- Eine riesige Industrie lebt bequem und gut von der Strahlenangst und versucht, dieselbe zu erhalten und zu fördern

Die Situation bei der biophysikalischen Strahlenforschung

Wenn man sich zur biologischen Strahlenwirkung informieren will, muss man englischsprachige Bücher lesen, es seien die Bücher [1, 2, 3, 4] empfohlen.

In Deutschland scheint dieses Thema tabu zu sein. So heißt es dem Lehrbuch „Strahlen und Gesundheit“ von J. Kiefer [5] zur Hormesis „Naive Geister könnten daraus den Schluss ziehen, dass Bestrahlung der Gesundheit dient (manche tun dies und nennen das *radiation hormesis*)“. Während in den genannten Büchern [1 bis 4] unzählige Zitate als weitere Quellen zu finden sind, fehlen in dem Buch von J. Kiefer viele mir aus den Büchern [1 bis 4] bekannte Namen. Ebenfalls fehlen in den 163 Zitaten die Namen der deutschen Professoren Klaus Becker (†) und Ludwig E. Feinendegen, die mir persönlich bekannt sind und von denen ich gelernt habe.

Im Februar 2015 haben die Professoren Carol S. Marcus, Mark L. Miller und Mohan Doss an die Genehmigungsbehörde NRC (Nuclear Regulatory Commission) der USA eine Petition gerichtet mit der Bitte zur Korrektur der weltweit geltenden Prinzipien beim Umgang mit Strahlung. Es ging den Initiatoren nicht nur um die Beseitigung der niedrigen Grenzwerte, die eine nicht vorhandene Gefahr vorgaukeln, sondern es ging um die Akzeptanz der biopositiven Wirkung von Strahlung im Niedrigdosisbereich. Die Petition hatte mit den dazu abgegebenen ca. 650 Kommentaren ein gewaltiges Echo in der Fachwelt der USA.

Im Oktober 2015 hat die NRC die Petition zurückgewiesen und verweist auf die Zuständigkeit der nationalen und internationalen Strahlenschutzgremien. Die Existenz der biopositiven Wirkung von Strahlung wurde anerkannt, daher erscheint die Antwort des NRC als ein Versuch, eine deutliche Stellungnahme zu vermeiden und den Schwarzen Peter an andere weiter zu schieben.

Luckey schrieb in den 1980-er Jahren: **„Es wird allmählich Zeit, dass sich die für die Volksgesundheit verantwortlichen Stellen darüber Gedanken zu machen beginnen, wie sichergestellt werden kann, dass jeder die Dosis, die er zur Erhaltung seiner Vitalität und Gesundheit benötigt, auch immer erhält.“**

Luckey bezog sich mit diesem Ausspruch auf 1260 Veröffentlichungen über die biopositive Wirkung von Strahlung. Heute ist die Anzahl der diesbezüglichen Veröffentlichungen auf mehr als 3000 gestiegen. Es gibt mit „dose-response“ eine Zeitschrift nur zu diesem Thema.

Heute sagt Luckey in Kenntnis des Co-60-Ereignisses von Taiwan (siehe [Teil 1](#)): **Mehr als 500 000 Krebstote könnten jedes Jahr in den USA durch Exposition mit ionisierender Strahlung vermieden werden. Die Möglichkeit dazu wird allerdings durch gesetzliche Restriktionen verboten.** Bezogen auf die Bevölkerung in **Deutschland**, könnte man bei uns von **150 000**

Personen sprechen. Rechnet man diese Zahlen hoch auf alle westlichen Industriestaaten, kommt man auf **mehrere Million** Fälle pro Jahr.

Angesichts dieser gigantischen Zahlen ist es gerechtfertigt, wenn Fachleute die heutigen Strahlenschutzprinzipien als den folgenreichsten wissenschaftlichen Irrtum der Neuzeit bezeichnen! Das gilt auch dann, wenn diese Zahlen zu hoch gegriffen sein sollten und wenn nur die Hälfte davon realistisch wäre

Aus den Strahlenschutzgremien gibt es manchmal weitere ablehnende Worte zu LNT und ALARA, mit denen auf die Fehler im Strahlenschutz hingewiesen wird:

- speculative, unproven, undetectable, phantom – ein Phantom ist ein Geisterbild / Gespenst – aus Angst vor einem Gespenst steigt Deutschland aus
- ist zutiefst unmoralisch, kriminell

In Teilen der Fachwelt ist anerkannt:

Die biopositive Wirkung von Strahlung ist sicher nachgewiesen, die LNT-Hypothese ist irreführend und es ist dringend eine Änderung in den Gesetzen notwendig, denn

- **Es gibt keinen Grund wegen hypothetischer Gefahren aus der besten Energiequelle auszusteigen.**
- **Die Möglichkeiten der positiven Strahlenwirkung sollten weiter erforscht und zum Segen der Menschen benutzt werden.**

Die Situation der Kernenergie in der Welt

Seit etwa 20 Jahren geht es weltweit mit der Kerntechnik steil bergauf, denn die Anzahl der im Bau befindlichen Kernkraftwerke ist von ca. 20 auf etwa das Dreifache gestiegen, es sind immer so etwa 50 bis 60 Kraftwerke im Bau. Und das geschieht nicht nur in Industriestaaten: die VAE haben bemerkt, daß es besser ist, das kostbare Öl nicht zur Stromerzeugung zu verbrennen, sondern man kann es gegen wertvolle Dollar oder Euro verkaufen und alternativ zur Stromerzeugung Kernkraftwerke benutzen. Auch in Ägypten geht es voran, der 4-te Block ist in Bau.

Weltweit sind seit 20 Jahren immer etwa 100 weitere Kernkraftwerke in Planung. Die Zahlen zu den Planungen und Baustellen schwanken von Jahr zu Jahr, weil auch immer Kernkraftwerke stillgelegt werden, zum Beispiel wenn sie durch immer weitere Forderungen der Behörden nach mehr Sicherheit unrentabel gemacht werden. Es scheint den Behörden nicht bekannt zu sein, daß etwas mehr Dosis durch Radioaktivität nicht schädlich, sondern nützlich für die Gesundheit der Menschen ist???

Deutschland geht seinen Sonderweg des Ausstieges unbeirrt weiter, auch die Bemerkung „**Triumph der Dummheit**“ im „International Journal for Nuclear Power“ macht keinen Eindruck in Deutschland. Ich habe eine Liste

von ca. 20 ähnlichen Urteilen von bekannten Persönlichkeiten angesammelt.

Die Überregulierungen im Kernkraftwerksbau haben zu gigantischen Kosten und ewigen Bauzeiten geführt, Beispiele:

- Mit dem Bau des ersten EPR (= Europäischer Druckwasserreaktor) wurde in Olkiluoto (Finnland) vor 20 Jahren begonnen, jetzt ist er fertig. Baukosten > 13 Mrd. EURO
- Die Kosten für die beiden EPR-Einheiten in Hinkley Point in GB werden heute auf 37 bis 40 Mrd. EURO geschätzt, Fertigstellung etwa 2029
- Nur in China (Taishan) wurde der erste EPR-Block nach 9 Jahren Bauzeit 2018 fertig gestellt, bei nur geringer Überschreitung der ursprünglich angesetzten Kosten von 4 Mrd. EURO.

Deutschland hat mit seinen Kernkraftwerken 200 Mrd. EURO auf den Müll geworfen, denn das ist der Preis von Neubauten. Geld spielt offenbar in Deutschland keine Rolle.

Es gibt die gute Idee von SMR (Small Modular Reaktor), wo alle Strahlenschutzangelegenheiten auf die Fabrik des Herstellers beschränkt bleiben. Der fertige Reaktor soll dann per Lkw zur Baustelle transportiert werden. Im Kraftwerk gibt es keine Strahlenprobleme mehr.

Der Reaktor von NuScale wurde [vom NRC lizenziert](#), der Aufwand dafür war beträchtlich [6]:

- Die Kosten betragen 500 Mill. US-\$ in 2 Millionen Arbeitsstunden
- Die Papierflut waren 12 000 Seiten für den Antrag und 2 Mill. Seiten für dessen Diskussion

Dennoch konnte der Strompreis mit 55 US-\$ / MWh erstaunlich niedrig sein. Eine traurige Nachricht kam im November 2023 mit dem Ende eines ersten Pilotprojektes mit 6 modularen Einheiten wegen nicht tragbarer Kostensteigerungen von 53%. Auch hier scheint der Strahlenschutz zugeschlagen haben, eine gute Idee ist zu Fall gebracht worden.

Im Strahlenschutz ist ein Paradigmenwechsel notwendig, unsinnige Vorschriften müssen weg.

Was ist zu tun?

Die positiven Strahlenwirkungen (Hormesis) gibt es, sie könnten für die Menschen gewaltige Möglichkeiten für ihre Gesundheit eröffnen. Es müsste noch viel erforscht werden. Die Geldmittel, die heute in unnützen Strahlenschutz fließen, könnte man umleiten für Forschungsarbeiten zur Hormesis. Aber wie im Teil 2 dargelegt wurde, gibt es in der Natur die notwendige Dosisleistung nicht. Man braucht technisch hergestellte Strahlenquellen, und dafür wiederum braucht man sehr viele Neutronen wie sie nur in Kernspaltungsreaktoren vorhanden sind. Der Schlüssel für die

Anwendung der Hormesis sind also Kernreaktoren.

In Deutschland gibt es keine Kernkraftwerke mehr, und das kann in absehbarer Zeit gar nicht mehr geändert werden. Es waren ausgebildete Demagogen*innen am Werk, natürlich im Verborgenen. Sie wussten, der Mensch läuft der Mehrheit nach ([Solomon Asch](#)) und der Mensch gehorcht einer echten oder auch nur vorgespielten Respektperson ([Stanley Milgram](#)). Es gibt das Rezept „unterwandern“, Markus Wolf hatte es oft [erfolgreich angewandt](#). Das wird auch heute noch auf anderen Politikfeldern so gehandhabt.

Die Menschen werden entweder falsch informiert oder nicht informiert. So ist es auch bei der **hypothetischen Strahlengefahr und dem hypothetischen Atomtod**. Aber Information ist auch eine Hohlpflicht. Es gibt genug Infos, heute über das Internet für jeden zu finden ([hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#)). Die Mainstreammedien liefern in Deutschland gefilterte Nachrichten, sie sind steuerfinanziert und gehorchen der Politik.

Die Obrigkeit hat kein Recht, den Menschen die für eine optimale Gesundheit erforderliche Strahlendosis zu verweigern. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in freier Entscheidung selber zu bestimmen, um sein Strahlendefizit durch eine Zusatzdosis auszugleichen. Dazu ist es notwendig, unsinnigen Strahlenschutz abzuschaffen und die Bevölkerung durch freie Medien sachgerecht zu informieren. Dann wäre es möglich, dass der Bürger in der Wahlkabine auch seinen Irrtum zum deutschen Kernenergieausstieg und zur „Großen Transformation“ erkennen und entsprechend handeln könnte.

[1] Thormod Henrikson,
<https://www.mn.uio.no/fysikk/tjenester/kunnskap/straling/radiation-and-health-2013.pdf>

[2] W. Allison, „Nuclear is for Life, A Cultural Revolution“, ISBN 978-0-9562756-4-6, Nov. 2015

[3] Ed Hiserodt, „Underexposed, What If Radiation Is Actually GOOD for You? ISBN 0-930073-35-5, 2005

[4] Ch. Sanders „Radiation Hormesis and the Linear-No-Threshold Assumption“ ISBN 978-3-642-03719-1, 2010

[5] Jürgen Kiefer, „Strahlen und Gesundheit“, ISBN 978-3-527-41099-6, 2012

[6] Vortrag Dr. Humpich, EIKE-Tagung am xx.xx.2022

Europas grüner Alptraum könnte bald vorüber sein

geschrieben von Chris Frey | 15. Februar 2024

[Duggan Flanakin](#)

Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, und es zeichnen sich große Veränderungen am Horizont ab. Die grünen Parteien, die 2019 einen großen Sieg errungen und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dazu gedrängt haben, eine ehrgeizige Klima-Agenda vorzulegen, befinden sich im Niedergang. Angeführt von verärgerten Landwirten (auf die man es auch abgesehen hat) wird erwartet, dass die Wähler in mindestens 18 der 27 EU-Mitgliedstaaten ihre Ablehnung der EU-Politik an den Wahlurnen zum Ausdruck bringen.

Der vielleicht kleinste Protest kommt von der Europäischen Volkspartei (EVP). Noch vor 19 Monaten bejubelten die selbsternannten Planetenretter das Votum des Europäischen Parlaments, den Verkauf von Verbrennungsmotoren bis 2035 zu [verbieten](#). Heute, nachdem erst [Deutschland](#) und dann auch andere Länder die Weisheit in Frage gestellt hatten, die automobiler Zukunft der Welt den undurchschaubaren Chinesen zu überlassen, [fordert](#) die EVP ein Ende der Regierung per Gesetz.

Doch die EVP will nur, dass die EU ihre Klima-Agenda mit Zuckerbrot und nicht mit Peitsche durchsetzt. Anstatt die Europäer zu weitgehend unerwünschten Elektrofahrzeugen zu zwingen, [fordert](#) die EVP, auf „innovative Konzepte und marktwirtschaftliche Instrumente für den Klimaschutz mit Emissionshandel, dem Ausbau erneuerbarer Energien und einer Kreislaufwirtschaft“ zu setzen.

Die EVP versprach außerdem, von der Leyens „Green Deal“-Paket mit wirtschaftsfeindlichen Klimagesetzen „weiterzuentwickeln“. Net Zero bis 2050, so betonen sie, kann durch Überzeugungsarbeit und bessere politische Maßnahmen erreicht werden – nicht durch Verordnungen. Aber sie wagten es nicht, die „Wissenschaft“ zu hinterfragen, die Al Gores Mantra folgt, dass die Dekarbonisierung das „zentrale Organisationsprinzip der Zivilisation“ sein muss.

Was für ein Schwachsinn!

Der schwache Vorschlag Deutschlands bestand darin, Verbrennungsmotoren in Fahrzeugen zuzulassen, die nur mit synthetischen „grünen“ Kraftstoffen betrieben werden – die heute recht teuer sind. Italien, Polen und die Tschechische Republik stimmten zu, und kurz darauf verkündete der EU-Klimabeauftragte Frans Timmermans „eine Vereinbarung

mit Deutschland über die Zukunft von E-Kraftstoffen in Autos“.

Ein bisschen wie das Umstellen der Liegestühle auf der Titanic.

Die von Deutschland initiierte Änderung der EU-Netto-Null-Strategie war ein Zugeständnis an die Autohersteller, die erkannt haben, dass sie weder preislich noch mengenmäßig mit den Chinesen konkurrieren können. Aber Deutschland hat mit seinem skandalösen Ausstieg aus umweltfreundlichen und zuverlässigen Kernkraftwerken den Weg für die Deindustrialisierung Europas geebnet.

Infolge dieser und anderer „fehlgeleiteter“ energiepolitischer Maßnahmen sind die Stromkosten auf dem gesamten Kontinent inzwischen so hoch – dermal so hoch wie vor der Pandemie – dass die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Ihre Arbeitsplätze werden bald weg sein, es sei denn, Europa gibt seinen hochtrabenden Kampf gegen einen Feind auf, der nicht existiert – einen Feind, den China, Indien und die aufstrebenden afrikanischen Nationen sicherlich als gutartig ansehen.

Während die EVP mit ihrem Vorschlag an der Grenze rüttelt, scheinen viele Europäer zu erkennen, dass sie betrogen werden. Landwirte in Frankreich, Polen, den Niederlanden und sogar Deutschland führen den Kampf gegen die Arbeitsplätze und Existenzen vernichtenden Vorschriften der EU an. Französische Landwirte blockierten mit riesigen, von Traktoren gezogenen Konvois wichtige Straßen, um ihren Unmut über die übermäßigen EU-Vorschriften zu zeigen.

Die Landwirte protestierten sogar in Brüssel, dem Sitz der EU. Die französische Bauerngewerkschaft Rural Coordination rief zu einer Demonstration gegen die „immer stärker werdenden Zwänge der europäischen Vorschriften und die immer niedrigeren Einkommen“ auf. Die Präsidentin von Rural Coordination Veronique Le Floc'h, sagte: „Wenn wir heute sehen, dass sich alle Landwirte in Frankreich in der Nähe von Kreisverkehren versammeln und Autobahnen blockieren ... Das zeigt, dass sie die Nase voll haben. Es ist eine Revolte.“

Die ersten Umfragen deuten darauf hin, dass die **EU-feindlichen** Parteien in neun Mitgliedstaaten große Gewinne erzielen werden und in neun weiteren Ländern den zweiten oder dritten Platz belegen dürften. „Euroskeptische“ Parteien werden voraussichtlich in Österreich, Belgien, den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen und der Slowakei am stärksten sein. In Bulgarien, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Portugal, Rumänien, Spanien und Schweden wächst die Unterstützung der Anti-Technokraten, so ein neuer **Bericht** des European Council on Foreign Relations.

Die Proteste sind ein Beleg für die wachsende **Kluft** zwischen der „technokratischen“ EU und der europäischen Arbeiterklasse. Der Vorsitzende der französischen Bauerngewerkschaft Arnaud Rousseau sagt, es gebe einen „wachsenden Mangel an Verständnis zwischen einer technokratischen Struktur, die in ihren Brüsseler Büros eingemauert ist,

und der Realität, die wir auf unseren Höfen erleben“.

Wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, könnte es im Europäischen Parlament eine populistische **Mehrheit** geben, die sich wahrscheinlich gegen „ehrgeizige“ EU-Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Kohlendioxidemissionen auf dem gesamten Kontinent aussprechen würde.

Und das aus gutem Grund.

Zu diesen Maßnahmen gehört es, Verbrennungsmotoren von europäischen Straßen und Autobahnen zu verbannen, die Verwendung von Erdgas zu verbieten und die Menschen zu zwingen, teure, ineffektive Wärmepumpen zu kaufen, und sogar Rinder, Schafe und andere Nutztiere zu schlachten – all das würde den Lebensstandard der meisten Europäer garantiert senken.

Doch selbst mit einer Mehrheit im EU-Parlament könnte der Sieg der Volksparteien in greifbare Nähe rücken. Die letzte Plenarsitzung vor den Wahlen im Juni findet Ende April statt, und die Klimaaktivisten machen Überstunden, um neue energie- und klimapolitische Maßnahmen zu verabschieden, die verbindlich wären, wenn sie nicht gekippt würden – eine schwierigere Aufgabe, als sie einfach nur zu blockieren, damit sie in Kraft treten können.

Zu den „unerledigten“ Aufgaben der Gesetzgeber gehört die endgültige Verabschiedung des sehr umstrittenen Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur, einer Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen und von Kohlendioxidstandards für schwere Nutzfahrzeuge. Zumindest theoretisch sollte die Abstimmung im Plenum ein reiner Akt sein – es sei denn, einige Abgeordnete entscheiden, dass ihre Wiederwahl davon abhängt, die Abstimmung zu verzögern.

Die erste **Aufgabe** des neu gewählten Parlaments wird darin bestehen, einen designierten Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen – und diese Wahl könnte darüber entscheiden, wie weit die Populisten bei der Umgestaltung der langfristigen Klima-Agenda der EU gehen können.

Die nächste Aufgabe besteht darin, die „Strategische Agenda für die EU“ festzulegen, was mit der Festlegung der „politischen Leitlinien“ beginnt, die der Öffentlichkeit (und den Journalisten) Informationen über die wahrscheinliche Richtung der EU in den nächsten fünf Jahren geben. Erst dann – und das könnte erst im September der Fall sein – wird der Präsident formell gewählt.

Die Fraktion „Identität und Demokratie“, zu der auch die französische Nationale Sammlungsbewegung, die Alternative für Deutschland und die Italienische Liga gehören, könnte mehr als 30 neue Sitze gewinnen und damit zum drittgrößten Bündnis im Europäischen Parlament werden. Das würde den Gegnern der globalistischen Agenda mehr Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU verschaffen, seit das Parlament 1979 direkt gewählt wurde.

Sollte diese Koalition eine Einigung mit der EVP erzielen, könnte der Todesmarsch in Richtung Netto-Nullpunkt verlangsamt, wenn nicht sogar ganz gestoppt werden. Das könnte die Europäer in die Lage versetzen, die Folgen der von ihren Regierungen geplanten Maßnahmen für die Menschen genauer zu betrachten und zu entscheiden, welche Maßnahmen es wert sind, beibehalten zu werden, und welche die europäische und lokale Wirtschaft zu sehr schädigen.

Das lässt natürlich die Klimaradikalen (die sich selbst als Mainstream bezeichnen) erschauern. Was wäre, wenn, so Professor [Simon Hix](#), einer der Autoren des [ECFR-Berichts](#), diese „Kulisse“ des aufkeimenden Populismus‘ durch die Rückkehr von Donald Trump als US-Präsident im November angeheizt wird? „Die Parteien des politischen Mainstreams müssen aufwachen und eine klare Bestandsaufnahme der Wählerforderungen vornehmen“, sagte er.

Hix fügte hinzu: „Sie sollten in zentralen Fragen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich machen, dass sie und nicht die politischen Randgruppen am besten in der Lage sind, die europäischen Grundrechte zu schützen.“

Das ist eine lustige Art und Weise, den Widerstand gegen Klimaalarmgesetze und gegen eine Politik zu beschreiben, bzgl. der die Menschen durch ihre Wahl entschieden haben, dass sie nicht in ihrem Interesse ist.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/02/07/europes-green-nightmare-may-soon-be-over/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Klima-Agenda macht das lebensnotwendige CO₂ zu einem gefährlichen Verschmutzer

geschrieben von Chris Frey | 15. Februar 2024

[Larry Bell](#)

Um einen Eindruck von den mächtigen Einflüssen der politischen Agenda auf die globale Klima- und Umweltpolitik zu bekommen, ist es lehrreich, sich die Hysterie des sauren Regens in den späten 1960er Jahren noch

einmal vor Augen zu führen, die ziemlich direkt zur Verteufelung von Kohlendioxid (CO₂) als „Klimaschädling“ führte. Diese zweite fabrizierte Angst geht heute weiter, dank der aktiven Unterstützung von „Experten“, die es eigentlich besser wissen sollten – und viele tun es wahrscheinlich auch.

An beiden Agenden waren die gleichen Klientelgruppen beteiligt, darunter Befürworter der Umverteilung von globalem Reichtum, Förderer „grüner Energie“ und deren staatliche Sponsoren, ideologisch voreingenommene „wissenschaftliche Autoritäten“ und schlagzeilenhungrige Medienberichterstatter.

Die Angst vor dem sauren Regen begann 1967, als Svante Odén, ein schwedischer Bodenwissenschaftler, einen weit verbreiteten Sensationsartikel über Waldschäden schrieb, die auf einen „chemischen Krieg“ zwischen den europäischen Nationen zurückzuführen seien.

Odéns Behauptung über die Umweltauswirkungen des industriell erzeugten sauren Regens veranlasste die schwedische Regierung zu einer Untersuchung, die 1971 in einem wissenschaftlich dürftigen [Bericht](#) mündete, der zu dem Schluss kam: „Die menschliche Emission von Schwefeldioxid in die Atmosphäre ... hat sich als ein großes Umweltproblem erwiesen.“

Man musste 50 Seiten des Dokuments lesen, um den wichtigen Haftungsausschluss zu entdecken: „Es ist sehr schwierig zu beweisen, dass Schäden, wie z. B. verringerte Wachstumsraten aufgrund der Versauerung des Bodens und der damit verbundenen Veränderungen der Pflanzennährstoffsituation, tatsächlich eingetreten sind.“

1980 verabschiedete der US-Kongress auf Betreiben von Präsident Jimmy Carter ein Gesetz für ein zehnjähriges National Acid Precipitation Assessment Program (NAPAP).

Eine spätere Überprüfung von mehr als 3000 dieser modellbasierten NAPAP-Studien unter der Regierung Reagan im Jahr 1987 übte harsche Kritik an deren mangelhafter wissenschaftlicher Gesamtqualität und kam zu dem Schluss, dass „die überwiegende Mehrheit der Wälder in den Vereinigten Staaten und Kanada nicht vom Rückgang betroffen ist.“

Leider hat diese eine halbe Milliarde Dollar teure Studie zum sauren Regen keine „rauchende Kanone“ ergeben.

Während jedoch weder die USA noch Großbritannien das Helsinki-Protokoll von 1985 unterzeichneten, das die westlichen Vertragsparteien dazu verpflichtete, ihre Schwefeldioxidemissionen (SO₂) um 30 Prozent unter das Niveau von 1980 zu senken, bot die von den Medien angeheizte Aufregung um die Kongressanhörungen des damaligen Senators Al Gore im Jahr 1988 zur globalen Erwärmung dem heute nicht mehr existierenden Unternehmen Enron, einem der größten Akteure auf dem SO₂-Handelsmarkt, eine traumhafte Gelegenheit, auch vom CO₂-Klimalarm zu profitieren.

Enron besaß damals die größte Erdgaspipeline außerhalb Russlands, und da seine Hauptkonkurrenz die Kohle mit ihren hohen CO₂-Emissionen war, wäre ein Markt für den Emissionshandel nach dem Vorbild der SO₂-Börsen ein enormer Segen für sein Geschäft gewesen.

Aber es gab ein sehr lästiges Problem. Im Gegensatz zum tatsächlich gesundheitsschädlichen Smog erzeugenden SO₂ wurde CO₂ nicht als Schadstoff angesehen – zumindest noch nicht – und die EPA war daher nicht befugt, es zu regulieren.

Nachdem Gores Senatskumpel Timothy Wirth zum Unterstaatssekretär für globale Angelegenheiten in der Clinton-Gore-Regierung ernannt worden war, begann Enrons Chef Kenneth Lay eng mit ihm zusammenzuarbeiten, um im Kongress Lobbyarbeit zu betreiben, um der EPA die notwendigen CO₂-Regulierungsbefugnisse zu übertragen und die öffentliche Unterstützung der Vereinten Nationen für das Kyoto-Protokoll zu gewinnen.

Und das taten sie auch. Zwischen 1994 und 1996 steuerte die Enron-Stiftung fast 1 Million Dollar zu einer energischen und erfolgreichen Kampagne gegen die globale Erwärmung bei, die auch Angriffe auf wissenschaftlich Andersdenkende enthielt.

Am 4. August 1997 traf sich Enrons CEO Lay mit Präsident Clinton und Vizepräsident Gore im Weißen Haus, um eine Strategie für die bevorstehende Kyoto-Konferenz der Vereinten Nationen vorzubereiten und einen globalen CO₂-Handelsmarkt voranzutreiben, den sowohl Gore als auch Enron beehrten.

In einem internen Memorandum von Enron hieß es damals, dass Kyoto „das Geschäft von Enron mehr fördern würde als fast jede andere Regulierungsinitiative außerhalb der Umstrukturierung [der] Energie- und Erdgasindustrie in Europa und den Vereinigten Staaten“.

Gore und sein Partner David Blood, der frühere Chef von Goldman Sachs Asset Management, waren drauf und dran, mit dem Verkauf von CO₂-Kompensationen als Anteilseigner an der Chicagoer Klimabörse satte Gewinne zu machen.

Vor einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Energiewissenschaften des Repräsentantenhauses im Jahr 2007 sagte Gore den Mitgliedern: „Sobald Kohlenstoff einen Preis hat, werden Sie eine Welle [von Investitionen] in diesem Bereich erleben ... Es wird zu unkontrollierten Investitionen kommen.“

Dank einer republikanischen Säuberungsaktion zur Halbzeit der Legislaturperiode des Kongresses im Jahr 2010 ist das nicht geschehen.

Stattdessen war es Enron, das letztendlich zu Fall gebracht wurde, und dessen CEO Lay starb im Gefängnis.

Gore erging es weitaus besser, denn er erntete viel Grün für die heiße

Luft, mit der er weiterhin hausieren geht ... genug, um seine 20-Zimmer-Villa (acht Badezimmer nicht mitgerechnet) und seinen Pool zu heizen, die in einem Monat mehr Energie verbrauchen als der durchschnittliche amerikanische Haushalt in einem Jahr.

Währenddessen sind SO₂, das für Waldschäden verantwortlich gemacht wird, und CO₂, das für eine drohende Klimakatastrophe verantwortlich gemacht wird, beides natürliche Pflanzendünger, welche die Welt grüner machen.

Dies zeigt einmal mehr, dass der kostspielige Handel mit Emissionsgutschriften niemandem von uns nützt, beruht dieser doch auf unhaltbaren Krisenübertreibungen.

Nein – nicht einmal Bambi.

This piece originally [appeared](#) at NewsMax.com and has been republished here with permission.

Link:

[https://cornwallalliance.org/2024/02/climate-agenda-makes-vital-CO₂-a-dangerous-pollutant/](https://cornwallalliance.org/2024/02/climate-agenda-makes-vital-CO2-a-dangerous-pollutant/)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Die De-Industrialisierung Europas in 5 Graphiken

geschrieben von Chris Frey | 15. Februar 2024

[Robert Bryce](#)

Der industrielle Stromverbrauch in der EU bricht zusammen. Es gibt keine Entschuldigung für US-Politiker „nicht auf Europa zu schauen und zu lernen.“ Plus: Filmvorführungen in Dallas, Tulsa, Fairfax und Austin.

Die Schlagzeile eines [Bloomberg-Artikels](#) vom 9. Februar fasst die sich anbahnende Katastrophe in Europa kurz und bündig zusammen: **„Deutschlands Tage als industrielle Supermacht neigen sich dem Ende zu.“** In dem Artikel heißt es: „Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Europas größter Volkswirtschaft ist seit 2017 tendenziell rückläufig, und der Rückgang beschleunigt sich, erodiert doch die Wettbewerbsfähigkeit immer mehr.“

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Deutschland ist wieder einmal der „[kranke Mann Europas](#)“. Aber es ist nicht nur Deutschland. Überall in Europa schrumpfen die Industriekapazitäten. Letzten Monat kündigte Tata Steel an, seine letzten beiden Hochöfen in Großbritannien bis Ende dieses Jahres zu schließen, ein Schritt, der zum [Verlust](#) von bis zu 2800 Arbeitsplätzen im Stahlwerk Port Talbot in Wales führen wird.

Im Januar 2023 gab Slovalco [bekannt](#), dass es seine Aluminiumhütten in der Slowakei nach 70 Jahren Betrieb endgültig schließen wird. Das Unternehmen, der größte Stromverbraucher in der Slowakei, gab an, dass es seine Hütten aufgrund der hohen Stromkosten schließe.

Europa hat sich selbst in den Graben gefahren. Schlechte politische Entscheidungen, wie der Netto-Null-Wahn, die überstürzte Hinwendung zu alternativen Energien, aggressive Auflagen bzgl. Dekarbonisierung und der strategische Fehler, sich auf russisches Erdgas zu verlassen, das nicht mehr verfügbar ist, treiben die Deindustrialisierung voran. Wie schlimm ist es? Mario Loyola, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Heritage Foundation, schrieb am 28. Januar in The Hill einen deutlichen [Artikel](#) über Europas Zusammenbruch. Den Daten der Europäischen Kommission zufolge ist die Industrieproduktion in Europa „in den 12 Monaten bis November 2023 um 5,8 % eingebrochen“, schrieb er. „Die Investitionsgüterproduktion ging um fast 8,7 % zurück. Die Investitionen in Anlagen und Ausrüstungen sind drastisch gesunken.“

Das Ergebnis dieser miserablen Politik: ein Schwindel erregender Anstieg der Strompreise. Loyola stellt fest, dass sich die europäischen Strompreise „auf das Dreifache ihres Niveaus vor der Pandemie eingependelt haben“. Der Energieanalyst Rupert Darwall berichtete kürzlich, dass große Unternehmen in Großbritannien heute bis zu fünfmal mehr für ihren Strom [bezahlen](#) als noch 2004.

Der Stromverbrauch ist einer der zuverlässigsten Gradmesser für die wirtschaftliche Vitalität. In der Tat ist Strom die weltweit wichtigste und am schnellsten wachsende Energieform. Das Wirtschaftswachstum treibt den Stromverbrauch an und umgekehrt. Gesunde Volkswirtschaften brauchen Strom, und zwar jede Menge davon. In kränkelnden Volkswirtschaften geht der Stromverbrauch zurück. Einem neuen [Bericht](#) der Internationalen Energieagentur zufolge ist die weltweite Stromnachfrage im vergangenen Jahr um 2,2 % gestiegen. Die in Paris ansässige Agentur geht davon aus, dass die weltweite Stromnachfrage bis 2026 jährlich um durchschnittlich 3,4 % steigen wird, und dass „die Nachfrage durch die sich verbessernden wirtschaftlichen Aussichten angetrieben wird, die zu einem schnelleren Stromwachstum sowohl in den fortgeschrittenen als auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften beitragen werden“.

China und Indien setzen ihr rasantes Wachstum fort. Die IEA schätzt, dass Chinas Stromnachfrage im Jahr 2023 um satte 6,4 % steigen wird. Die Agentur geht davon aus, dass Chinas Stromnachfrage bis 2026 um 1400 Terawattstunden steigen wird, eine Energiemenge, die „mehr als der

Hälfte des derzeitigen jährlichen Stromverbrauchs der EU entspricht“. Die Stromnachfrage in Indien steigt bis 2023 um 7 %, ein leichter Rückgang gegenüber dem Wachstum von 8,6 % im Jahr 2022. Die IEA sagte: „Das anhaltend schnelle Wirtschaftswachstum und die robuste Nachfrage nach Raumkühlung waren die wichtigsten Säulen des Wachstums“ in Indien. Und wie ich bereits im Dezember auf diesen Seiten [festgestellt](#) habe, wird der Großteil des neuen Strombedarfs in China und Indien durch die Verbrennung von Kohle gedeckt. (Die Stromnachfrage in den USA ging im vergangenen Jahr um 1,6 % zurück, ein Rückgang, den die IEA auf das mildere Wetter, den Rückgang der Produktion, Streiks in der Automobilindustrie und den allgemeinen Inflationsdruck zurückführte.)

Das rasante Wachstum in China und Indien steht in krassem Gegensatz zur Situation in Europa, wo der Stromverbrauch im vergangenen Jahr um 3,2 % zurückging. Die IEA stellt fest, dass der Rückgang des Stromverbrauchs auf einen Rückgang von 3,1 % im Jahr 2022 folgt und dass die Stromnachfrage in der EU „auf ein Niveau gesunken ist, das zuletzt vor zwei Jahrzehnten gesehen wurde. Wie im Jahr 2022 war der schwächere Verbrauch im Industriesektor der Hauptfaktor für den Rückgang der Stromnachfrage“.

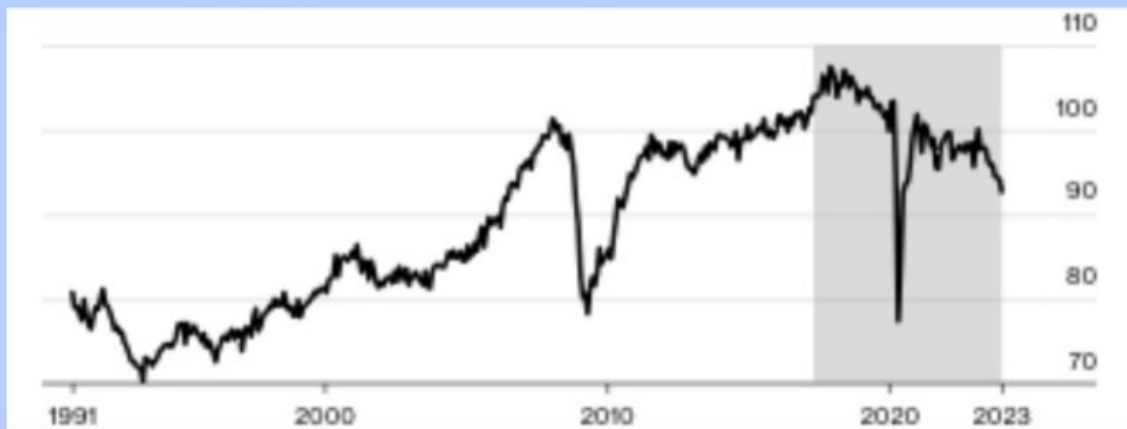
Der Einbruch des industriellen Stromverbrauchs in der EU ist geradezu atemberaubend. Im Jahr 2022 sank die industrielle Stromnachfrage in der EU um 5,8 %. Die IEA schätzt, dass sie im Jahr 2023 um weitere 6 % zurückgehen wird.

Die Deindustrialisierung Europas und der IEA-Bericht stehen diese Woche ganz oben auf der Tagesordnung, wenn ich die Folien für meine [Grundsatzrede](#) auf der Tagung der National Association of Regulatory Utility Commissioners in Washington, D.C., am 26. Februar vorbereite. Die folgenden fünf Diagramme veranschaulichen die Deindustrialisierung Europas und warum sie wahrscheinlich weitergehen wird.

Graphik 1:

Nach Angaben der IEA ist die Stromnachfrage in Deutschland „im Jahr 2023 um bemerkenswerte 4,8 % gesunken...Der Nachfragerückgang ist besonders ausgeprägt in der energieintensiven Industrie, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 einen Produktionsrückgang von 13 % zu verzeichnen hatte.“ Dieser Rückgang des Stromverbrauchs reflektiert den anhaltenden Rückgang der Industrieproduktion in Deutschland. Diese (etwas unscharfe) Grafik basiert auf einem Screenshot aus dem eingangs erwähnten [Bloomberg-Bericht](#):

German Industrial Output: Trending Downward Since 2017 Peak



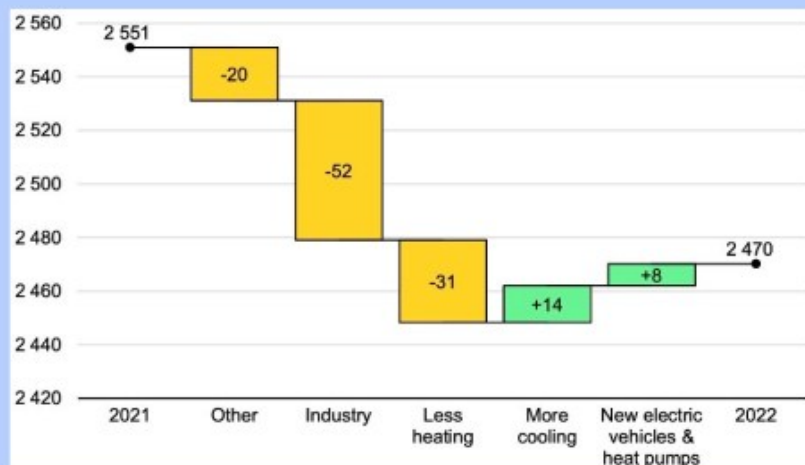
Industrial production index, 2015 = 100

Source: Bloomberg, German Federal Statistic Office

© Robert Bryce

Graphik 2:

Deindustrialization Of Europe, 2022



“Many energy-intensive industries reduced or ceased production in 2022...”

- aluminum (-12%)
- crude steel (-10%)
- paper (-6%)
- chemicals (-5%)

-- IEA, July 2023

Change in electricity used in EU, 2021-2022, in TWh

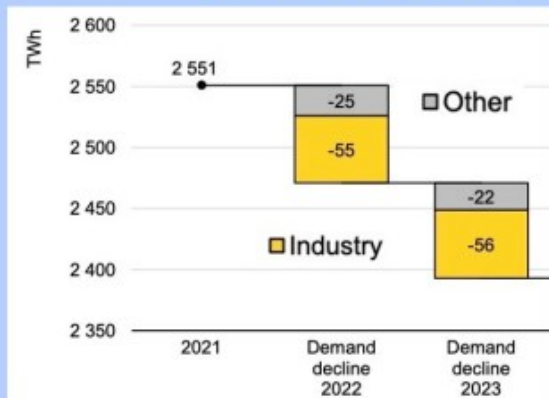
Source: IEA, Electricity Market Report update, 2023, https://www.iea.org/assets/2/1/4/1/10-2c7-4b24-au22-e8a0492e619c-ElectricityMarketReport_Update2023.pdf

© Robert Bryce

Graphik 3:

Deindustrialization Of Europe, 2023

“Following a 5.8% decline in 2022, we estimate electricity consumption in the EU industrial sector fell 6% year-on-year in 2023.”



Electricity demand “has fallen to levels last seen two decades ago, predominantly due to lower consumption in the industrial sector...chemicals, steel, and aluminium are more exposed to increasing energy cost.”

-- IEA, January 2024

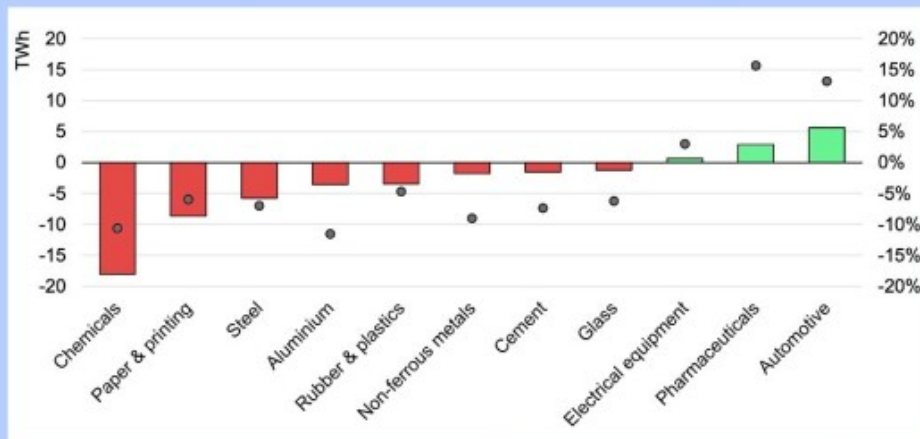
Change in EU industrial electricity use, 2022 & 2023, in TWh

Source: IEA, Electricity 2024 <https://www.iea.org/assets/analysis/44/078a8-422b-44e9-a668-5235524133b/Electricity2024-AnalysisandOutcasts2026.pdf>

© Robert Bryce

Graphik 4:

Year-On-Year Changes In EU Industrial Electricity Demand & Output, 2023



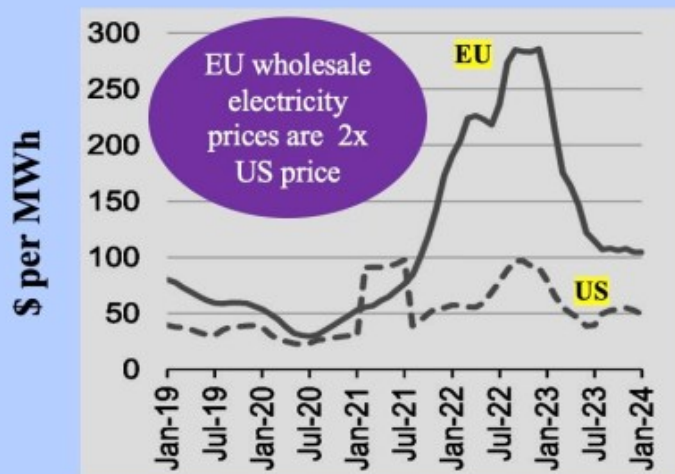
Change in electricity use, in TWh, (left axis), % change in output (right axis)

Source: IEA, Electricity 2024 <https://www.iea.org/assets/analysis/44/078a8-422b-44e9-a668-5235524133b/Electricity2024-AnalysisandOutcasts2026.pdf>

© Robert Bryce

Graphik 5:

EU Wholesale Electricity Prices Compared to US, 2019 to 2024



“Some permanent electricity demand destruction has already occurred, especially in energy-intensive chemical and primary metal industries...The chemical industry has been severely affected...Around 30% of EU primary aluminium production capacity has been suspended since 2021.”
-- IEA, January 2024

Source: IEA, Electricity 2024 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-01-24-4226-4469-a668-52355241331b/Electricity2024-AnalysisandForecasts2024.pdf>

© Robert Bryce

Diese Dias und die fortschreitende Zerstörung der europäischen Schwerindustrie erinnern an die scharfen Worte von John Constable von der britischen Renewable Energy Foundation in unserer neuen fünfteiligen Doku-Serie *Juice: Power, Politics & The Grid*.



Constable, der auch Energieredakteur bei der Global Warming Policy Foundation [GWPF](#) ist, spricht eine deutliche Warnung aus. In [Episode 3](#) sagt er: „Ich rate den Entscheidungsträgern in den Vereinigten Staaten, das europäische Beispiel sehr, sehr sorgfältig zu studieren. Ich meine, es gibt keine Entschuldigung dafür, nicht nach Europa zu schauen und zu lernen. Wir haben das für euch getestet.“

...

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/02/12/the-deindustrialization-of-europe-in-five-charts/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE